

Das Ende der Politik

Wir werden uns noch nach der Zeit der "Klassenkämpfe" zurücksehen! Über die Re-Theologisierung der Politik im 21. Jahrhundert und deren Verwandlung in den Krieg.

Die Septembermorde 2001 in New York haben politisch eine neue Situation geschaffen, und sie haben ideell die Lage geklärt; sie haben Antworten auf schwelende Fragen erteilt, und sie haben uralte neu gestellt. Sie haben die Illusionen der Sicherheit zerstört: die der Milde von Religionen und des Friedens in der Welt allein durch Dialog, und sie haben damit der Aufklärung, deren Zentralmotiv die Religionskritik war, wieder scharfe Konturen verschafft. Das Ereignis markiert das Ende der Nachkriegszeit des Kalten Krieges.

Schon 1993 hat Hans Magnus Enzensberger vom kommenden "molekularen Bürgerkrieg" gesprochen, aber heute zeigt dieser Krieg eine religiöse Dominante, die Enzensberger noch bagatellisieren konnte. Zumindest an einer seiner kulturellen Frontlinien und für eine seiner Seiten hat Samuel Huntington ("The Clash of Civilizations") Recht behalten: für die Seite eines militanten Islam, der, wie Bernhard Lewis, der Nestor der amerikanischen Islamistik, schreibt, auch dort "fundamentalistisch" ist, wo er nicht aggressiv ist, weil er eine der westlichen Bibelkritik entsprechende Korankritik niemals kannte und eine zutiefst politische Religion ist, die einen säkularen Separatbereich nicht duldet; es sei denn, sie ist korrupt. Daher ist der Begriff "Fundamentalismus", der sich von protestantischen Sekten der Zehner- und Zwanzigerjahre in den USA herleitet - und deren Nachfolger dort heute den Präsidenten stellen -, im Hinblick auf den Islam eigentlich unangemessen.

Durch die ganze Geschichte des Christentums finden sich immer zwei Gewalten: Gott und Kaiser, die in der diesseitigen Welt durch sacerdotium und regnum - modern gesprochen: durch Kirche und Staat - repräsentiert werden. Im Islam hingegen gab es, so wenig wie im orthodoxen Judentum, keine zwei Gewalten, und die Frage der Trennung konnte sich daher gar nicht stellen. Die Unterscheidung zwischen Kirche und Staat, die im Christentum tief verwurzelt ist und selbst theologische Gründe hat, bestand im Islam niemals.

"Der ganze Islam ist Politik", sagte Khomeini nach eigener Mitteilung zum Leiter des Geheimdienstes Savak, der ihn auf sein geistliches Amt beschränken und von politischer Agitation abhalten wollte. Er ist als Orthodoxie vor allem eine Orthopraxis, die das gesamte soziale Leben bestimmt, und es ist durchaus fraglich, ob diese große und starke kulturelle Tradition, politische Kultur und Ethik, die der Islam als Religion darstellt, immanent überhaupt modernisierungsfähig ist. Analoges gilt freilich auch für das orthodoxe Judentum und für die evangelikalen Denominationen in den USA, die zwar antisemitisch, aber gerade deshalb zionistisch sind und die heute in einer bizarren Allianz mit der agnostisch-zionistischen Gruppe der sogenannten Neocons die missionarische Außenpolitik der USA bestimmen.

Die Lage, wie sie sich heute darbietet, kann wohl mit nur geringer Überzeichnung theoretisch als Globalisierung des Hobbeschen Problems der Errichtung eines zentralen säkularen Gewaltmonopols beschrieben werden - oder, realpolitisch gewendet, als regionaler Rückfall hinter die Westfälische Friedensordnung, die in Europa die Konfessionskriege beendete. Drei Elemente scheinen diese Diagnose zu rechtfertigen: erstens die Re-Militarisierung von Religion; zweitens die Re-Privatisierung des Krieges; drittens die Wiederkehr von "Just-War-Theories", eines diskriminierenden Kriegsbegriffs und die Aufgabe der Staatenbildung.

Was das erste Element betrifft, so ist darauf hinzuweisen, dass alle großen Kolonial- und Entkolonialisierungskriege, alle revolutionären Bewegungen und Widerstandsgruppen des 20. Jahrhunderts sich säkular - marxistisch oder nationalistisch - motiviert und legitimiert haben, zumindest dort, wo sie erfolgreich waren. Sie suchten Anschluss an die "Moderne". Das gilt auch und vor allem für die Revolution Atatürks in der Türkei. Die große Wende brachte die Revolution der Mullahs 1979 im Iran, welche der erste große und erfolgreiche, explizit religiös inspirierte Umsturz der jüngeren Geschichte war. Es gab gewiss bedeutende islamistische

Vorläufer wie die Mahdi-Bewegung im Sudan Ende des 19. Jahrhunderts oder die nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs in den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts gegründete Muslim-Brüderschaft, deren Ableger unter anderem für den Mord an Sadat 1981 verantwortlich zeichnen, aber seit den späten Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts nehmen islamistische Bewegungen an Stärke, Aggressivität und Verbreitung deutlich zu - in Algerien, im Sudan, in Somalia, in Ägypten, in Afghanistan, in Pakistan, in Indonesien und vor allem auf der arabischen Halbinsel selbst und in der säkularen Türkei. Im Übrigen war auch der ethnische Bürgerkrieg am Balkan religiös übercodiert, und der in Tschetschenien ist es auch.

Modernisierung und Säkularisierung, lang- ge Zeit als Synonyma betrachtet, laufen auseinander. Dabei handelt es sich nicht um die praktische Inversion einer "politischen Theologie" im Sinne Carl Schmitts, der die Institutionen des modernen Rechtsstaates als materialisierte Säkularisate theologischer Begriffe und Kategorien begreift (eine These, welcher der Theologe Erik Peterson mit guten theologischen Gründen widersprochen hat), auch nicht um "politische Religionen" im Sinne Eric Voegelins, der die religiösen Energien in modernen politischen Massenbewegungen - wie Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus, die sich selbst als säkular, ja, mit Ausnahme der spanischen Falange, als antireligiös verstanden - als Erster diagnostiziert hat, sondern um die politische Mobilisierung der drei großen abrahamitischen Monotheismen unmittelbar; zumindest von Fraktionen davon (im Christentum von protestantischen Erweckungsbewegungen in den USA), jedenfalls nicht nur des Islam: Immerhin waren gnostisch-manichäische Töne vom Kampf "Gut gegen Böse" schon vom "Wiedergeborenen" im Weißen Haus zu vernehmen, und Israel hat seinen eigenen jüdischen Fundamentalismus, der mit der Siedlerbewegung die Theokratisierung des Landes vorantreibt. Dass das Phänomen nicht auf die biblischen Religionen beschränkt bleiben muss, sondern Resonanzphänomene auslösen kann, zeigt sich am Beispiel der BJP, der Hindu-Fundamentalistischen Volkspartei in Indien, die heute die stärkste politische Kraft auf dem Subkontinent ist.

Setzt dieser Trend sich fort, so führte das zu dem, was man "absolute Politik" nennen könnte, zu einer Politik im Namen des Absoluten, das nicht verhandlungsfähig ist. In seinen Konsequenzen zu Ende gedacht, bedeutete dies in Wahrheit das Ende der Politik und ihre Verwandlung in den Krieg, nicht als deren Fortsetzung, sondern als deren Metamorphose. Tritt das ein, so wird man sich nach der Zeit der "Klassenkämpfe" noch zurücksehnen, denn ökonomische Interessen sind, wie säkulare Interessen überhaupt, immer verhandlungsfähig, der Glaube ist es nicht. Politik ist nur als kompromissfähiges Interessenskalkül möglich, mit Leuten, die "mit sich reden lassen", nicht als Durchsetzung absoluter Positionen. Sie ist ein lautes "Entweder", das sich auf ein leises "Oder" eingestellt hat.

Tatsächlich ist "Politik" eine Innovation der europäischen Neuzeit oder, genauer gesagt, eine humanistische Neuentdeckung der Renaissance. "Erfunden" wurde sie von den Griechen, und sie konnte auch nur in einer polytheistischen Kultur erfunden werden, denn sie setzt Toleranz in den "letzten Dingen" voraus. "In der Tat ist Intoleranz nur dem Monotheismus wesentlich", heißt es in Arthur Schopenhauers "Parerga und Paralipomena", "ein alleiniger Gott ist seiner Natur nach ein eifersüchtiger Gott, der keinem anderen das Leben gönnt. Hingegen sind polytheistische Götter ihrer Natur nach tolerant: Sie leben und lassen leben."

Der erste politische Theoretiker der Neuzeit war der klassisch gebildete Humanist Niccolò Machiavelli. In einem monotheistisch gläubigen Zeitalter, dessen zentrales Rechtsinstitut der Eid ist - und nicht der Vertrag -, konnte Politik nur als "Verrat" existieren, betrieben von korrupten Eliten. Das Wort "Politiker" kommt auch erst im 16. Jahrhundert in Gebrauch. Als "parti des politiques" bezeichnete man zu Montaignes Zeiten jene "dritte Partei" gemäßiger, humanistisch gebildeter und toleranter Geister, die einen Trennungsstrich zwischen religiöser Überzeugung und politischer Praxis zogen. Eine ernsthafte Re-Theologisierung der Politik bedeutete daher in Wahrheit deren Zerstörung.

Das zweite Element, das mich von einer Hobbesschen Problematik beziehungsweise regional von einer vor-westfälischen Lage sprechen lässt, ist die (einseitige) Re-Privatisierung des

Krieges. Es war ja die große Leistung der Westfälischen Friedensordnung beziehungsweise der Hobbesschen Lösung des Problems des "status naturalis", die Gewalt zu verstaatlichen, und zwar säkular zu verstaatlichen. - Auch in der noch mitten im Dreißigjährigen Krieg (1625) erschienenen Schrift "Libri tres de belli ac pacis" des Hugo Grotius ist der Staat als Monopolist der Entscheidung über Krieg und Frieden gefordert. Diese Verstaatlichung des Krieges mit der Errichtung eines Gewaltmonopols nach innen wie nach außen war, so paradox es klingen mag, zunächst eine enormer zivilisatorischer Fortschritt, und er blieb dies bis herauf zum Ersten Weltkrieg, das heißt bis zur Vollindustrialisierung des Krieges. Zwar standen fortan hochgerüstete Leviathane einander gegenüber, aber der Behemoth war ruhig gestellt; zwar war das ius ad bellum nunmehr in die alleinige Souveränität des Staates gelegt und an keine höhere normative, religiös konkretisierte Seinsordnung mehr gebunden, aber ein ius in bello wurde dadurch überhaupt erst ermöglicht, insbesondere die kriegsrechtliche Trennung von Kombattanten und Nonkombattanten und das Recht von Gefangenen.

Es handelte sich um "trinitarische" Kriege, wie Martin van Creveld sie im Anschluss an Clausewitz genannt hat: Regierung, Heer und Volk waren getrennte Größen. Wir wissen natürlich alle, dass diese Rechte und Regeln zur "Hegung des Krieges", wie Carl Schmitt mit einer sehr ambivalenten Formel sagt, immer wieder durchbrochen und verletzt wurden und dass die Mobilisierung von Massenheeren seit der Französischen Revolution und die Entwicklung der Waffentechnik die Kriege immer furchtbarer gemacht haben, aber solange reguläre, staatlich disziplinierte Armeen einander gegenüberstanden, die nicht im Dienste einer "gnostischen Politik" (Eric Voegelin) agierten, sondern einer Clausewitzschen Rationalität gehorchten (das tat die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg ja gerade nicht, so wenig wie die kaiserliche Armee Japans), waren gewisse zivilisatorische Mindeststandards zumindest als Norm auch

im Krieg noch möglich, insbesondere was die Anerkennung des Feindes als Rechtssubjekt überhaupt und die handlungsrelevante Unterscheidung von Kombattanten und Nonkombattanten betrifft. Praktisch fiel die-se Unterscheidung zwar schon mit dem Konzept des strategischen Luftkrieges, aber systematisch negiert wird sie in jedem Bürgerkrieg. Und die nehmen an Zahl und Umfang dramatisch zu: Etwa drei Viertel der in den vergangenen Jahren geführten Kriege waren keine Staaten-, sondern Bürgerkriege. Der Trend zeigt sich schon seit gut drei Jahrzehnten: "Die Kriege zwischen den Staaten werden weniger, wohingegen Bürgerkriege, in denen die Ordnung des Staates zu bestehen aufhört, mehr und mehr zunehmen. Der Staat hat in weiten Teilen der Welt aufgehört, jener Monopolist des Krieges zu sein, als der er zumindest in Europa vor allem im 18. und 19. Jahrhundert aufgetreten ist." (Herfried Münkler)

Während jedoch der klassische Bürgerkrieg auf das Territorium des zerfallenen Staates begrenzt bleibt und keine geografische Expansionsdynamik zeigt und während der klassische, national motivierte Partisan oder Guerrillero, der den Staatenkrieg spätestens seit den Napoleonischen Kriegen (zunächst in Spanien 1808, in Tirol 1809, dann in Preußen 1813 oder nach Sedan 1870 in Frankreich als franc-tireur) immer begleitete, ebenfalls "tellurischen" Charakter hat, selbst zwar de facto außerhalb des Kriegsrechtes steht (obwohl er heute formell Kombattantenstatus hat), vorzugsweise jedoch reguläre Truppen, meist Besatzungsarmeen, angreift, hebt der religiös inspirierte Terrorismus beide Begrenzungen auf: den von Kombattanten und Nonkombattanten und den von Kriegsschauplatz und als neutral respektierten Zonen; er agiert global, nicht regional, und er zielt vor allem auf Zivilisten.

Aus der Sicht von Staaten handelt es sich um kriminelle Banden, die oft genug deren Apparat infiltrieren, von deren materialistischer Normalform sie sich jedoch durch hohe idealistische Motivation unterscheiden, die bis zur Selbstaufopferung geht. "Wer beschlossen hat, sich selbst zu töten, der ist Zar", heißt es bei Dostojewski. In ihrer Eigenwahrnehmung sind sie Gotteskrieger, die in strengster Askese eine heilige Mission erfüllen. Solche Leute sind schwer zu bekämpfen, man kann sie nur korrumpieren oder töten, sofern man sie überhaupt ex ante definieren und organisatorisch als Feind identifizieren kann. Aber die Bedrohung, die von ihnen ausgeht, ist ebenso diffus wie tödlich, insbesondere dann, wenn sie in den Besitz von Massenvernichtungsmitteln kommen, was vermutlich nur eine Frage der Zeit ist - das darf man

trotz der angloamerikanischen Kriegslüge, welche die völkerrechtswidrige Invasion im Irak zur politischen Neuordnung der arabischen Halbinsel legitimieren sollte, nicht vergessen. Und man wird nie sicher wissen, wann die Bedrohung vorbei ist. "Inter pacem et bellum non est medium" - das alte ciceronische Wort, das schon mit dem Kalten Krieg außer Geltung gesetzt war, hat vollends seinen Sinn verloren.

Das dritte Element schließlich, das mich von der Hobbesschen Problematik der gegenwärtigen Situation sprechen lässt, hat einen Doppelcharakter, und es folgt aus den ersten beiden Elementen. Es besteht in der Wiederkehr von "Just-War-Theories" und in der Aufgabe von extern induzierter Staatenbildung mit möglichst säkularen, zumindest nicht-missionarischen Regimen. Der letzte Punkt ist zweifellos der schwierigste, und er kann nicht mit einem Menschenrechts-Kreuzzug, sondern nur pragmatisch und von Fall zu Fall, nach genauer Kalkulation der Interessen, der Chancen und der Risiken, und nur von einer Allianz von Staaten überhaupt angegangen werden. Und, in einer Mediengesellschaft, auch unter Berücksichtigung moralischer Prioritäten.

Zur Entschärfung der Lage wäre vorrangig die Bildung eines säkularen palästinensischen Staates bei gleichzeitiger Restitution der illegalen jüdischen Siedlungen zu erzwingen, doch da dies in Erfüllung des Völkerrechts gegen den Einfluss der Israel-Lobby auf die Außenpolitik der USA geschehen müsste, handelte es sich um ein wahres Novum in der jüngeren Geschichte; und wäre daher ebenso notwendig, wie es unwahrscheinlich ist; ganz abgesehen davon, dass eine Zwangsräumung der Siedlungen wohl zu einem Bürgerkrieg in Israel selbst führen würde. Ohne eine solche Räumung aber ist ein Palästinenserstaat nicht möglich, es sei denn auf dem Gebiet des heutigen Jordanien. Daher wird die Sache weitergehen, noch lange, und sie wird sich ausweiten, auch im Falle eines Regimewechsels in den USA infolge des Irak-Desasters. Denn im Nahen Osten liegt das Krebsgeschwür, das spätestens seit 1973 metastasiert.

Die durchaus brüchige Allianz der Leviathane gegen den Behemoth führt daher auch nicht zur Herausbildung eines "Multilateralismus", einer unter sich paritätischen "Staatsgemeinschaft", wie voreilige Kommentatoren nach dem 11. September im Widerspruch zu den Vorwahlankündigungen etwa einer Condoleezza Rice schon angenommen haben, sondern die USA als Welthegemon nützen selbstverständlich ganz im Gegenteil die Chance, die hegemoniale Leine anzuziehen, wie natürlich auch andere Staaten versuchen, in der Umbruchphase des neu eröffneten "Great Game" Positionsvorteile zu gewinnen: Großbritannien erinnert sich wieder seiner imperialen Vergangenheit, Frankreich tanzt wie immer aus der Reihe, Polen und Ungarn agieren "atlantisch", Russland laviert wegen seiner eigenen Probleme im Kaukasus, und Deutschland wird durch die Krise seine Sonderrolle los und zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung ein normaler Nationalstaat, der sich wieder seiner Interessen erinnert; bemerkenswert ist übrigens, dass in dem Geschehen die EU als politisches Subjekt nicht die geringste Rolle spielt: Es sind die Nationalstaaten, die agieren.

Und sie tun dies, wie übrigens schon im zweiten Golfkrieg und bei den Interventionen am Balkan, wie die Gegenseite auch, unter Inanspruchnahme der Doktrin vom "gerechten Krieg", vom bellum iustum, was im Grunde genommen eine vormoderne, thomistische Idee ist. Denn wie in der mittelalterlichen Scholastik gilt der Krieg gegen die "Ungläubigen", und zwar auf beiden Seiten, als bellum iustum, gleichgültig, was das moderne Völkerrecht dazu sagt, das zunehmend zu einem Zweig der fantastischen Literatur wird. Im gleichen Zug wird aus dem Feind ein Verbrecher.

Die deutschen Grünen haben für diese Kehre einen schönen neuen Begriff geprägt, als Formel fast so elegant wie "Nullwachstum" oder "Entsorgungspark", die Formel nämlich: "Politisierung des Pazifismus". Sie entspricht als Euphemismus dem, was man in Militärkreisen heute "Konstabulisierung der Streitkräfte" nennt. Beide Begriffe zusammen umreißen präzise die Globalisierung des Hobbesschen Problems. [*]

In Wien 1938 geboren. Seit 1987 Professor für Philosophie an der Universität für angewandte Kunst in Wien. Sein Beitrag ist ein Auszug aus einem Vortrag, gehalten im Eferdinger Kulturinstitut am vorigen Wochenende. Zahlreiche Publikationen zur Geschichtsphilosophie und Erkenntnistheorie.